

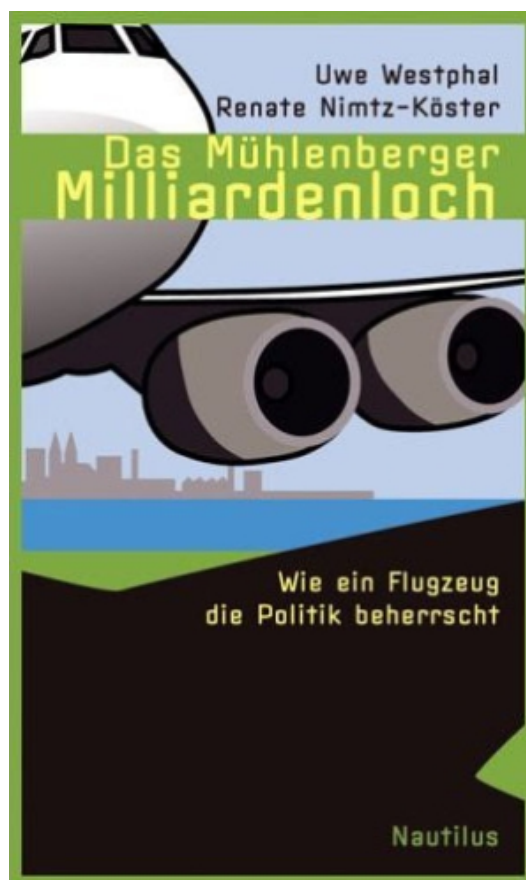
Das Mühlenberger Milliardenloch oder wie ein Flugzeug die Politik beherrscht

www.linke-t-shirts.de/Das-Muehlenberger-Milliardenloch_galerie202348.htm
oder kurz www.linke-t-shirts.de/galerie202348.htm

Direkt zum Artikel:



Preis:	14.90 Euro
AutorInnen:	Uwe Westphal / Renate Nimtzt-Köster
Verlag:	Edition Nautilus 
ISBN-10:	3-894014-72-5
ISBN-13:	978-3-894014-72-8
Seitenanzahl:	224
Zustand:	neu
Art:	Buch
Lieferzeit:	Sollte das Buch nicht in der gewünschten Anzahl auf Lager sein, haben wir es grundsätzlich in einer Woche da. Grundsätzlich sind die Sachen auf Lager.



In Hamburg wird derzeit ein gigantisches Industrieprojekt vorangetrieben, das weit über die Grenzen der Hansestadt hinaus als Paradebeispiel für die negativen Folgen der Globalisierung gelten kann. Für die prestigeträchtige Beteiligung am Bau des neu entwickelten Airbus A380, des weltweit größten Luxus-Jets, war die Stadt Hamburg zu jedem Opfer bereit. Mit fast 700 Millionen Euro Steuergeldern bereiteten die Politiker dem Privatunternehmen EADS/Airbus das gewünschte Terrain: Für das vage Versprechen von mehreren Tausend Arbeitsplätzen wurde das »Mühlenberger Loch«, eine international geschützte Elbbucht, teilweise zubetoniert. Unter den monströsen Werkshallen verschwand das größte Süßwasserwatt Europas, ein Paradies für Fische und Wasservögel. Gleichzeitig bedroht das Projekt das »Alte Land«, eine einzigartige Kulturlandschaft und Nordeuropas bedeutendstes Obstanbaugebiet. Dagegen protestiert das »Schutzbündnis für Hamburgs Elbregion«, mit 30.000 Mitgliedern die größte Bürgerinitiative in der Geschichte Deutschlands.

Die Durchsetzung dieses Vorhabens entwickelte sich zu einem internationalen Politskandal, in den auch die Bundesregierung und die EU-Kommission in Brüssel verwickelt sind. Das Buch zeigt, wie ein international agierender Luftfahrt- und Rüstungskonzern mit Hilfe willfähriger Politiker die Entwicklung einer ganzen Metropolregion bestimmt. Die Aushebelung von EU-Recht durch politische Einflussnahme des Bundeskanzlers und die Anpassung von Bundes- und Landesgesetzen an die Vorgaben des Konzerns dürften bundesweit ohne Beispiel sein.